

Große Anfrage

der Abgeordneten Doris Odendahl, Wolf-Michael Catenhusen, Edelgard Bulmahn, Brigitte Adler, Klaus Barthel, Ingrid Becker-Inglau, Hans-Werner Bertl, Rudolf Bindig, Tilo Braune, Anni Brandt-Elsweier, Dr. Michael Bürsch, Ursula Burchardt, Dr. Marliese Dobberthien, Peter Enders, Elke Ferner, Lothar Fischer (Homburg), Gabriele Fograscher, Arne Fuhrmann, Monika Ganseforth, Iris Gleicke, Günter Graf (Friesoythe), Angelika Graf (Rosenheim), Klaus Hagemann, Christel Hanewinkel, Dr. Ingomar Hauchler, Dieter Heistermann, Stephan Hilsberg, Ingrid Holzhüter, Barbara Imhof, Siegrun Klemmer, Walter Kolbow, Horst Kubatschka, Christine Kurzhals, Waltraud Lehn, Christa Lörcher, Dorle Marx, Ursula Mogg, Dr. Edith Niehuis, Günter Oesinghaus, Adolf Ostertag, Karin Rehbock-Zureich, Margot von Renesse, Dr. Edelbert Richter, Günter Rixe, Reinhold Robbe, Marlene Rupprecht, Gudrun Schaich-Walch, Dieter Schanz, Günter Schluckebier, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Ulla Schmidt (Aachen), Dagmar Schmidt (Meschede), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Heinz Schmitt (Berg), Dr. Mathias Schubert, Dr. R. Werner Schuster, Dr. Angelica Schwall-Düren, Bodo Seidenthal, Lisa Seuster, Wieland Sorge, Wolfgang Spanier, Dr. Peter Struck, Jörg Tauss, Margitta Terborg, Wolfgang Thierse, Franz Thönnies, Uta Titze-Stecher, Adelheid Tröscher, Ute Vogt (Pforzheim), Hans Wallow, Reinhard Weis (Stendal), Matthias Weisheit, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Hildegard Wester, Inge Wettig-Danielmeier, Hanna Wolf (München), Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Politische Bildung in Deutschland

Politische Bildung soll zusammen mit der allgemeinen, der kulturellen und beruflichen Bildung dazu beitragen, daß alle Menschen Verantwortung für ihr persönliches Leben und in der Gesellschaft, in Arbeit und Beruf, in Kultur und Politik, übernehmen können. Für den einzelnen wird es immer schwieriger, sich sachkundig zu machen – gesellschaftliche Probleme erfordern aber Lösungen, die ohne die Mitwirkung eigenständig denkender und verantwortlich handelnder Bürgerinnen und Bürger nicht zu bewältigen sind.

Auch für die politische Bildung und ihre Förderung bilden die demokratische Verfassung unseres Staates einerseits, die Probleme der Menschen in allen ihren Lebensbereichen und die individuellen Lernbedürfnisse und -möglichkeiten andererseits den Rahmen.

Die Bundesregierung hat aus ihrer Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD zur politischen Bildung aus dem Jahr 1991

(Drucksache 12/1773) für die praktische Arbeit – auch für die Klärung der Rollen von Bundesregierung, Landesregierungen, Institutionen und freien Trägern der politischen Bildung – keine relevanten Schlüsse gezogen. Die damalige Aufgabenbeschreibung, die auch vor dem Hintergrund des notwendigen Zusammenwachsens von Ost- und Westdeutschland und der ostdeutschen Transformationsprozesse formuliert worden ist, wurde von der Bundesregierung bisher nicht ausreichend umgesetzt.

Die Überwindung der fast 50jährigen Teilung Deutschlands bleibt auch in den nächsten Jahren die wichtigste innenpolitische Aufgabe. Sie erfordert hohe materielle Ressourcen, Geduld und politische Phantasie. Dieser innerdeutsche Einigungsprozeß wird heute von einer wieder wachsenden Kluft zwischen Bürgerinnen und Bürgern aus den alten und neuen Ländern geprägt. Auch wenn insbesondere durch die politische Bildung positive Ergebnisse in der Aufklärung über die Wertorientierungen und Institutionen des demokratischen Rechtsstaats erreicht werden konnten, stimmen Meinungsforscher in der Beobachtung überein, daß es in Ostdeutschland immer noch erhebliche Reserven gegenüber einer Identifikation mit der „Bundesrepublik Deutschland“ und der Leistungsfähigkeit ihres politischen Systems gibt.

Parallel zu diesen ostdeutschen Tendenzen kann in den alten Ländern eine Entsolidarisierung und Entkoppelung der Bindung an demokratische Werte festgestellt werden. Vor diesem Hintergrund wachsen Tendenzen zur Radikalisierung, die Gewaltbereitschaft steigt, und rechtsradikales Gedankengut und Auftreten wird als immer selbstverständlicher wahrgenommen.

Bürgerinnen und Bürger verlieren zunehmend das Vertrauen in die politische Gestaltung und in die Gestaltungsfähigkeit unserer Gesellschaft. Als ein mögliches Indiz hierfür werden die rückläufigen Mitgliederzahlen der Parteien und gesellschaftspolitischen Großorganisationen sowie sinkende Wahlbeteiligungen angesehen. Andererseits steigt das Engagement für konkrete Projekte, z. B. des Umweltschutzes, der Menschenrechte und der Entwicklungspolitik.

Insbesondere Jugendliche wachsen heute in einem ambivalenten Verhältnis von Selbstverständnis und Distanz gegenüber den Grundwerten unserer Gesellschaft auf. So wird, wie die neueste Shell-Jugendstudie zeigen konnte, gesellschaftliches Engagement zugleich am persönlichen Wert und einer möglichen Relevanz für konkrete Veränderungen gemessen. Die individuelle Entscheidung fällt dann oft nur kurzfristig und themenorientiert aus, und es zeigt sich ein besonderes Verhältnis zu punktuelltem Engagement ohne Illusionen, weil die Krisen unserer Gesellschaft heute in ihrem ganzen Umfang von Jugendlichen wahrgenommen und reflektiert werden.

Es ist in den letzten Jahren nur unzureichend gelungen, auf der Grundlage eines breit getragenen gesellschaftlichen Konsenses gesellschaftspolitische Zielvorstellungen in der Bevölkerung zu verankern, und dies bei zentralen Themen wie dem Kampf gegen

Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus oder dem Gedanken eines politisch und wirtschaftlich geeinten Europas.

Am Ende des 20. Jahrhunderts steht Deutschland vor zusätzlichen Herausforderungen, die die Anforderungen an die politische Bildung noch erhöhen.

Das Zusammenwachsen von Kultur- und Zivilisationsräumen führt zu einer Globalisierung von Weltwirtschaft, Kapital- und Arbeitsmärkten. Unübersehbar sind Umweltzerstörung und -bedrohungen. Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen muß als übergreifendes Ziel allen Handelns verstanden und konkret verfolgt werden. Nachhaltigkeit muß aufgrund der auf der VN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro beschlossenen Agenda 21 verwirklicht werden, sowohl als globales Konzept als auch als Ansatz und Ziel für die Modernisierung unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Diese Aufgabe fordert alle Politikbereiche und alle Gruppen der Gesellschaft. Hierfür ist ein breiter gesellschaftlicher Dialog notwendig. In dessen Rahmen muß die politische Bildung, insbesondere umwelt- und entwicklungspolitische Bildung, intensiviert werden. Sie soll dazu beitragen, unsere Gesellschaft für das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung zu gewinnen.

Die globalen Entwicklungen setzen die ökonomischen, ökologischen, sozialen und politischen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland unter erheblichen Anpassungs- und Modernisierungsdruck. Auch sind die internationalen Konflikte und ihre Auswirkungen, z. B. weltweite Migrationsbewegungen, auch für unsere Gesellschaft relevanter geworden.

Die wirtschaftliche und soziale Realität wird in Deutschland von tiefgreifenden Veränderungen geprägt. Die langanhaltend hohe und steigende Arbeitslosenquote ist in Ost- und Westdeutschland zu einem gravierenden gesellschaftlichen Problem geworden. Alte industrielle Arbeits- und Wirtschaftsstrukturen und davon geprägte Lebenswelten lösen sich auf, neue Dienstleistungen und Dienstleistungsbereiche entstehen, schaffen aber keinen ausreichenden Ersatz für Arbeitsplatz- und Einkommensverluste. So ist es auf Dauer immer mehr Bürgerinnen und Bürgern unmöglich, aus eigener Kraft ihren Lebensunterhalt zu bestreiten und Beiträge zur Entwicklung der Gesellschaft zu leisten. Ansprüche auf soziale Teilhabe, Arbeits-, Einkommens- und Vermögensbildungschancen können zunehmend weniger eingelöst werden.

In dieser Situation wird die Gleichstellung von Männern und Frauen nur unzureichend verfolgt. Die wachsende Berufstätigkeit von Frauen wird sogar als Mitursache veränderter Arbeitsstrukturen diskreditiert.

Das Vertrauen in ökonomische Sicherheit und in die politische Steuerungsmöglichkeit ökonomischer und sozialer Prozesse ist zurückgegangen, und die unverzichtbaren sozialen Aspekte der Marktwirtschaft verlieren an Glaubwürdigkeit.

In dieser Umbruchsituation kommt es darauf an, das Bewußtsein der Menschen für tragende Grundlagen unserer Gesellschaft zu

stärken. Werte wie Solidarität, Gerechtigkeit, Gemeinsinn und persönliches Verantwortungsbewußtsein müssen an Akzeptanz in der Bevölkerung gewinnen und wieder zum Gradmesser politischen Handelns werden.

Angesichts dieser Veränderungen hat die politische Bildung einen Bedeutungswandel erfahren. Sie muß immer mehr grenzüberschreitend und fachübergreifend sein. Sie muß stärker als bisher dazu beitragen, konkrete Vorstellungen zu entwickeln, wie menschliches Leben und Arbeiten in Zukunft aussehen und wie Technikentwicklung und -anwendung human gestaltet werden können.

Vor diesem Hintergrund müssen die Zielsetzungen und Instrumente der politischen Bildung weiterentwickelt werden. Hieran müssen auch die Träger der politischen Bildung selbst und die Bürgerinnen und Bürger aktiv beteiligt werden. Angesichts der Gefahr, Bildungskonzeptionen zu bevorzugen, die sogenannte Sachzwänge als gegeben hinnehmen, ist es notwendig, politische Bildung als integralen Bestandteil von Weiterbildung in allen Bereichen zu begreifen. Um diese Ansprüche erfüllen zu können, müssen auch die Träger der politischen Bildung gestärkt werden.

Den Ländern kommt bei der Weiterentwicklung der politischen Bildung eine wichtige Aufgabe zu. Über ihre Landeszentralen für politische Bildung und die allgemeine Förderung der politischen Bildung können sie landesspezifisch identitätsstiftende Aktivitäten ermöglichen und regionalen Problemen und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger besonders gerecht werden.

Sinnvolle Aktivitäten und Bildungsangebote können aber nur auf der Grundlage einer angemessenen finanziellen Ausstattung erfolgen.

Die Bundesregierung trägt in erster Linie die Verantwortung für die überregionale Handlungs- und die Zukunftsfähigkeit der politischen Bildung in Deutschland.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

Grundkonzeption der politischen Bildung und ihrer Förderung

1. Von welchem Grundverständnis läßt sich die Bundesregierung bei der politischen Bildung leiten, und in welcher Weise wurde die Förderung der politischen Bildung den aus neuen politischen, ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Gegebenheiten resultierenden Themen und ihrer ökologischen Vernetzung angepaßt?
2. Welche Institutionen und Träger der politischen Bildung hat die Bundesregierung in die Entwicklung ihres Förderkonzepts einbezogen, und welche Maßnahmen hat sie selbst bzw. zusammen mit den Ländern, nichtstaatlichen Organisationen und Trägern der politischen Bildung ergriffen, um neuen Herausforderungen gerecht zu werden?

Aufgabenfelder und Aktivitäten der Bundesregierung

3. Welchen Stellenwert haben umwelt- und entwicklungs-
politische Bildung, und in welcher Weise wurden und werden
sie in Umsetzung der Dokumente der Rio-Konferenz und der
Agenda 21 gefördert?
4. Was wurde im Rahmen der politischen Bildung von der Bun-
desregierung wegweisend angestoßen, um den Bürgerinnen
und Bürgern eine eigene, aktive Auseinandersetzung mit den
Auswirkungen der Globalisierung und Individualisierung zu
ermöglichen?
5. Was wurde und wird von der Bundesregierung insbesondere
unternommen, um notwendige Verhaltensänderungen in
Richtung einer nachhaltigen und umweltgerechten Entwick-
lung anzuregen?
6. Wie hat die Bundesregierung die Förderung der politischen
Bildung zu weltweit veränderten Sicherheitsfragen und zur
Konfliktvermeidung aufgenommen und darauf reagiert?
7. Mit welchen Maßnahmen der politischen Bildung erleichtert
die Bundesregierung die Integration
 - a) von Ausländerinnen und Ausländern,
 - b) von Spätaussiedlern?
8. Welche besonderen Aktivitäten hat die Bundesregierung ein-
geleitet, um der Gewaltbereitschaft entgegenzuwirken und
Konfliktlösungsstrategien zu entwickeln?
9. Welche Maßnahmen wurden von der Bundesregierung er-
griffen, um mit Hilfe der politischen Bildung die Auseinander-
setzung über Fragen der europäischen Einigung, auch über
die Grenzen der EU hinaus, zu fördern und das Bewußtsein
über Stand, Defizite und Perspektiven des Zusammen-
wachsens einer Wirtschafts-, Sozial- und Umweltunion zu
stärken?
10. Welche Aktivitäten bzw. Veranstaltungen politischer Bildung
hat die Bundesregierung eingeleitet, um internationale Ju-
gendbegegnungen
 - a) mit ost- und südosteuropäischen Staaten,
 - b) mit Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationslän-
dern,
 - c) mit Industrieländernzu fördern, und welche Mittel wurden im einzelnen hierfür seit
1990 aufgewendet?
11. Mit welchen Maßnahmen politischer Bildung fördert die Bun-
desregierung die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engage-
ment?
Mit welchen Ergebnissen?
12. Welche Maßnahmen der politischen Bildung hält die Bundes-
regierung für angemessen, um der Entsolidarisierung und

einer Entkoppelung der Bindung an demokratische Grundwerte unserer Gesellschaft entgegenzuwirken?

Wie fördert sie dies konkret?

13. Welche Anstrengungen hat die Bundesregierung unternommen, die tiefgreifenden Veränderungen in der Arbeitswelt, sich verändernde Qualifikationsanforderungen, neue Formen der Arbeitsorganisation und die strukturellen Veränderungen im produzierenden Gewerbe und den Dienstleistungsbereichen in der politischen Bildung angemessen zu reflektieren und die Bürgerinnen und Bürger zur aktiven Auseinandersetzung mit diesen Veränderungen zu befähigen?

Herstellung der inneren Einheit

14. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung getroffen, um eine angemessene Infrastruktur in den neuen Ländern für ein plurales Feld neuer Träger politischer Bildung aufzubauen?
15. Welche Maßnahmen wurden bzw. werden von der Bundesregierung gefördert, um die innere Einheit voranzutreiben und – unter Berücksichtigung unterschiedlich gearteter Interessenlagen und eines jeweils unterschiedlichen Selbstverständnisses – mit den Mitteln der politischen Bildung dazu beizutragen, daß Menschen in Ost und West aufeinander zugehen und voneinander lernen?
16. Welche Maßnahmen wurden von der Bundesregierung ergriffen, um mit den Mitteln der politischen Bildung einer pauschalen Diskreditierung der erlebten DDR-Vergangenheit seitens westdeutscher einerseits und einer Verklärung dieser Vergangenheit durch ostdeutsche Bürgerinnen und Bürger andererseits gezielt entgegenzuwirken?
17. In welcher Weise wurden die Förderungsrichtlinien und die Haushaltsansätze der Bundeszentrale für politische Bildung der veränderten Situation in den neuen Ländern angepaßt?
- Welche Auswirkungen hat der ab dem 1. Januar 1998 vorgehene Wegfall der Sonderförderbestimmungen?
18. Welche besonderen Maßnahmen wurden von der Bundesregierung ergriffen, um der politischen Bildung in Ostdeutschland den Anschein und Charakter einer „Einbahnstraße“ zu nehmen, um also dem vielfach entstandenen und vorhandenen Eindruck entgegenzuwirken, politische Bildung diene dazu, die Menschen in den neuen Ländern belehren und ihnen lediglich westdeutsche Wert- und Lebensvorstellungen vermitteln zu wollen?

Gleichstellung

19. Welche mädchen- und frauenspezifischen Programme und Projekte der politischen Bildung und welche Träger werden auf der Grundlage welcher Kriterien von der Bundesregierung gefördert, und wie will die Bundesregierung mit Hilfe der politischen Bildung zur Gleichstellung von Frauen und Männern beitragen?

Verknüpfung mit der allgemeinen und beruflichen Bildung

20. Wie gewährleistet die Bundesregierung angesichts der heutigen Probleme der Arbeitswelt die Verzahnung der beruflichen und politischen Bildung?
21. Mit welchen konkreten Projekten fördert die Bundesregierung die Einbeziehung von allgemeiner und beruflicher Weiterbildung in das Handlungsfeld der politischen Bildung, und wie entwickelt sie zusammen mit den Trägern hieraus neue Formen der politischen Bildungsarbeit?
22. Welche fachbezogenen und grenzüberschreitenden Projekte wurden von der Bundesregierung zur Förderung des Zusammenhangs von politischer Bildung und Weiterbildung entwickelt?

Neue Informations- und Kommunikationstechnologien

23. Welche konkreten Maßnahmen fördert die Bundesregierung zum Themenfeld Informationsgesellschaft?
24. Welche aus den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien sich erschließenden Möglichkeiten wurden in der Projektförderung durch die Bundesregierung für die politische Bildung erprobt, und mit welchem Erfolg werden sie eingesetzt?
25. Welche Untersuchungen und Projekte zur Vermittlung von Medienkompetenz wurden von der Bundesregierung gefördert bzw. neu entwickelt?
Für welche Zielgruppen?
Mit welchen Ergebnissen?

Neue Methoden und Ansätze der politischen Bildung

26. Welche neuen Methoden der politischen Bildung wurden von der Bundesregierung entwickelt und gefördert, um dem Anspruch der politischen Bildung, alltags- und lebensweltbezogen zu arbeiten, gerecht zu werden?
27. Welche inhaltlich innovativen und welche methodisch-didaktisch innovativen Modellprojekte hat die Bundesregierung seit 1990 gefördert, und welche Ergebnisse haben diese Modellprojekte für die Weiterentwicklung der Vermittlungsformen, der Bildungsinhalte und Bildungsziele der politischen Bildung gebracht?

Politische Jugendbildung

28. Auf welche Art und Weise verwirklicht die von der Bundesregierung geleistete Jugendförderung im einzelnen „eine bessere politische, kulturelle und ökonomische Partizipation junger Menschen am Leben der Gesellschaft“ (Drucksache 12/1773)?
29. In welcher Hinsicht ist der Bereich politische Bildung ein Schwerpunkt des Kinder- und Jugendplans (KJP) der Bundesregierung?

30. Warum wurde beim Mädchenprogramm des Kinder- und Jugendplanes der Bundesregierung im April 1997 zu den zentralen Inhalten „Partizipation“ und „Integration“ ein im KJP bislang nicht übliches öffentliches Ausschreibungsverfahren für dieses wichtige Anliegen politischer Jugendbildung gewählt?
31. Nach welchen Kriterien wurden welche Institutionen und Verbände im Jahre 1997 in diese Förderung aufgenommen?
Mit welchen Beträgen sollen sie im laufenden Jahr und den Folgejahren gefördert werden?
32. Was geschieht mit den Mitteln, die in diesem Jahr vom Planungsbetrag in Höhe von 3,5 Mio. DM für das Mädchenprogramm des KJP durch die zu spät erfolgten Förderentscheidungen nicht ausgeschöpft werden?
33. Wie haben sich die Mittel für die verbandliche und die außerverbandliche politische Jugendbildungsarbeit im Förderprogramm „Politische Bildung“ des KJP seit 1990 entwickelt?
34. Welche besonderen jugendpolitischen Hilfen und Förderungsprogramme bzw. Projekte gehen gezielt in die neuen Länder?
Wie beurteilt die Bundesregierung deren Ergebnisse?
35. Welche Maßnahmen der politischen Bildung für Studierende fördert die Bundesregierung, und wie vereinbaren sich diese Maßnahmen mit den Aufgaben der Studentenschaften nach § 41 des Hochschulrahmengesetzes bzw. den Landeshochschulgesetzen?
36. Welche Möglichkeiten der Förderung im Rahmen der politischen Bildung gibt es für junge Menschen in Schule, Berufsausbildung oder Studium, an kurzzeitigen Maßnahmen der Begegnung in Entwicklungsländern teilzunehmen, um konkrete Wirkungen weltweit unterschiedlicher Entwicklung und der Interdependenzen zu erkennen und als Multiplikatoren die gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen weiterzugeben?

Politische Bildung für Zivil- bzw. Wehrdienstleistende und Soldaten

37. Welche politischen Bildungsangebote wurden vom Bundesamt für den Zivildienst erarbeitet und verwirklicht?
38. Auf welche Weise stellt die Bundesregierung im Rahmen des Einführungsdienstes für Zivildienstleistende nach § 25 a des Zivildienstgesetzes die Vermittlung politischer Bildungsinhalte und Bildungsziele sicher, und wie bewertet sie diese Anstrengungen im Vergleich zur Verpflichtung bezüglich der staatsbürgerlichen Bildung für Wehrdienstleistende nach § 33 des Soldatengesetzes?
39. Wird die Bundesregierung vor dem Hintergrund des Berichts der Wehrbeauftragten (Drucksache 13/7100), wo von einem „erheblichen Verbesserungsbedarf“ die Rede ist, und im Hin-

blick auf öffentliche Äußerungen der Wehrbeauftragten angesichts des Videos von Bundeswehrsoldaten mit gewaltverherrlichenden Inhalten die Vollzugsdefizite im Bereich der politischen Bildung nachhaltig beheben sowie die politische Bildungsarbeit vor allem für Wehrpflichtige und Unteroffiziere intensivieren und effektiver gestalten?

Wenn ja, mit welchen inhaltlichen Schwerpunkten?

*Förderinstrumente und Träger der politischen
Erwachsenenbildung*

40. Inwieweit haben die neuen Medien (CD-ROM, Internet etc.) Eingang in die politische Bildungsarbeit der Bundeszentrale für politische Bildung gefunden, und wie werden die Träger der politischen Bildung entsprechend einbezogen?
41. Welche gemeinsamen Aktivitäten der Bundeszentrale für politische Bildung wurden mit Vereinen und Verbänden, die der politischen Bildung verpflichtet sind, realisiert, um die aktive Partizipation der Bürgerinnen und Bürger an gesellschaftlichen Prozessen und demokratischer Öffentlichkeit zu erhöhen?
42. Welche Strukturanpassungen der Bundeszentrale für politische Bildung wurden seit 1991 vorgenommen?
43. Haben sich die in den letzten Jahren vorgenommenen Neufassungen von Richtlinien der Bundeszentrale für politische Bildung und für den Kinder- und Jugendplan aus Sicht der Bundesregierung bewährt?
44. Wie hat sich das Budgetierungsverfahren auf die Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung bzw. generell für alle öffentlichen Verwaltungen des Bundes ausgewirkt, und welche Schlußfolgerungen hat die Bundesregierung daraus gezogen?
45. Auf welche Weise wird seitens der Bundesregierung gesichert, daß die „Effizienzrendite“ der budgetierten Bundeszentrale für politische Bildung in der Modellphase bei der Institution verbleibt, um die Umsetzung der politischen Bildungsziele sowie Motivation und Unterstützung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu gewährleisten?
46. Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den neuen Ländern wurden in welchen Arbeitsbereichen seit dem 3. Oktober 1990 in der Bundeszentrale für politische Bildung eingestellt?
47. Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung das Ost-West-Kolleg der Bundeszentrale für politische Bildung personell und programmäßig eingeschränkt?
48. Welche Gründe gibt es dafür, daß von seiten der Bundesregierung die institutionelle Förderung der Ostakademie in Lüneburg eingestellt wurde?

Wie begegnet sie der Sorge, daß die Auseinandersetzung mit den osteuropäischen Transformationsprozessen eine zuneh-

mend geringere Rolle in der politischen Bildung spielen wird, und wie stellt die Bundesregierung eine Weiterarbeit der Ostakademie Lüneburg finanziell sicher?

49. Wann wird die Bundesregierung im Rahmen der politischen Bildung eine Trägerstrukturförderung für Nichtregierungsorganisationen, die umwelt- und entwicklungspolitische Bildung anbieten, einführen?

Zuständigkeits- und Abstimmungsfragen

50. Wie begründet die Bundesregierung die Verteilung von Zuständigkeiten für die politische Bildung auf die verschiedenen Bundesressorts?

Wie erfolgt die Ressortkoordination und die Abstimmung mit den Ländern und mit welchen konkreten Ergebnissen seit 1990?

51. Wie erklärt die Bundesregierung ihre durch die Erstellung und den Versand von Schulmaterialien durch einzelne Ministerien und das Bundespresseamt vorgenommene mögliche Kompetenzüberschreitung im Bildungsbereich?
52. Wie erklärt die Bundesregierung den extrem hohen Einsatz von Mitteln für sogenannte Unterrichtsmodelle, die durch die Öffentlichkeitsreferate einzelner Ministerien erstellt und an die Schulen versandt werden?

Umfang der finanziellen Förderung durch die Bundesregierung

53. Wie haben sich seit 1990 die Mittel für die Förderung der politischen Bildung durch alle Bundesressorts, darunter für die Bundeszentrale für politische Bildung, differenziert nach eigenen Aktivitäten und der Förderung der politischen Bildung der freien Träger, bis heute entwickelt, und welche Mittel wurden von den verschiedenen Ministerien unter Ein-schluß des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung für Öffentlichkeitsarbeit seit 1990 in den einzelnen Haushaltsjahren ausgegeben?
54. Wie hat sich seit 1990 die Förderung der politischen Stiftungen für die politische Bildung im Vergleich zu der Förderung der freien Träger unter Berücksichtigung der Grundförderung und der Projektförderung entwickelt?
55. Wie soll sich nach der mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung die Förderung der politischen Bildung in den nächsten Jahren entwickeln, und inwieweit hat die Bundesregierung in ihre Planungen eigene Erkenntnisse und Informationen der Träger zum Bedarf und zu der Dringlichkeit dieses Förderbereichs berücksichtigt?

Bonn, den 13. November 1997

Doris Odendahl
Wolf-Michael Catenhusen
Edelgard Bulmahn
Brigitte Adler
Klaus Barthel
Ingrid Becker-Inglau
Hans-Werner Bertl
Rudolf Bindig
Tilo Braune
Anni Brandt-Elsweier
Dr. Michael Bürsch
Ursua Burchardt
Dr. Marliese Dobberthien
Peter Enders
Elke Ferner
Lothar Fischer (Homburg)
Gabriele Fograscher
Arne Fuhrmann
Monika Ganseforth
Iris Gleicke
Günter Graf (Friesoythe)
Angelika Graf (Rosenheim)
Klaus Hagemann
Christel Hanewinckel
Dr. Ingomar Hauchler
Dieter Heistermann
Stephan Hilsberg
Ingrid Holzhüter
Barbara Imhof
Siegrun Klemmer
Walter Kolbow
Horst Kubatschka
Christine Kurzhals
Waltraud Lehn
Christa Lörcher
Dorle Marx
Ursula Mogg
Dr. Edith Niehuis
Günter Oesinghaus

Adolf Ostertag
Karin Rehbock-Zureich
Margot von Renesse
Dr. Edelbert Richter
Günter Rixe
Reinhold Robbe
Marlene Rupprecht
Gudrun Schaich-Walch
Dieter Schanz
Günter Schluckebier
Horst Schmidbauer (Nürnberg)
Ulla Schmidt (Aachen)
Dagmar Schmidt (Meschede)
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Heinz Schmitt (Berg)
Dr. Mathias Schubert
Dr. R. Werner Schuster
Dr. Angelica Schwall-Düren
Bodo Seidenthal
Lisa Seuster
Wieland Sorge
Wolfgang Spanier
Dr. Peter Struck
Jörg Tauss
Margitta Terborg
Wolfgang Thierse
Franz Thönnies
Uta Titze-Stecker
Adelheid Tröscher
Ute Vogt (Pforzheim)
Hans Wallow
Reinhard Weis (Stendal)
Matthias Weisheit
Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Hildegard Wester
Inge Wettig-Danielmeier
Hanna Wolf (München)
Rudolf Scharping und Fraktion

